Nummer 583

# Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig. 74. Jahrgang. Donnerstag, 13. Dezember 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse. Praxis des Wirtschaftsrechts. Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten
für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr. Am Steuer des Kraftwagens. Der deutsche Beamte. Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Polit. Teil: Dr. Richard Jäger. Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen. Lokales und Sport: Herbert Kenndt. Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8. Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 frans. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark. Polen 30 Goldmark. Ungarn 25,50 Goldmark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

## Das Zentrums-Beben

### Will sich Stegerwald selbständig machen?

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hatte bekanntlich für gestern abend die Neuwahl ihres Vorstandes angesetzt. Inzwischen hat sie sich aber eines anderen besonnen und die Wahl bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages nach den Weihnachtsferien verschoben. Die Gründe für die Verschiebung dürften vor allem in dem Bestreben liegen, die nächste Woche dazu zu benutzen, zwischen Stegerwald und der neuen Parteileitung einen Ausgleich herbeizuführen. Nach dem Gewerkschaftsblatt „Der Deutsche" wird sogar eine Erklärung des neuen Parteivorsitzenden Kaas erwartet, die „Stegerwald gerecht werden soll und von der er, der Prälat, glaube, daß sie alle Unstimmigkeiten beseitigen werde". Das erwähnte Blatt fügt jedoch hinzu, daß alle Hoffnungen, Herr Stegerwald würde sich doch noch bereit finden lassen, den Fraktionsvorsitz zu übernehmen, trügerisch seien. Aus dieser Erklärung und aus der Vertagung der Vorstandswahl dürfte jedenfalls hervorgehen, daß die Spannung zwischen Stegerwald und der Partei noch in voller Schärfe andauert.

Im Zusammenhang mit diesem Konflikt tauchte gestern abend in den Wandelhallen des Reichstages das Gerücht auf, Stegerwald arbeite letzten Endes darauf hin, sich gänzlich vom Zentrum zurückzuziehen und, gestützt auf die christlichen Gewerkschaften, eine eigene Partei unter dem Namen „Christliche Deutsche Arbeiterpartei" oder „Christlich-nationale Arbeiterpartei" ins Leben zu rufen. Er beabsichtige, sich zu diesem Zweck mit den Vertretern der christlichen Gewerkschaftsleitung in den anderen bürgerlichen Parteien, wie zum Beispiel dem deutschnationalen Abgeordneten Lambach und dem Volksparteiler Thiel, in Verbindung zu setzen und rechne stark auf deren Geneigtheit.

Der Ursprung dieses Gerüchtes läßt sich wie stets in derartigen Fällen nicht positiv ermitteln. Immerhin erscheint es nicht ausgeschlossen, daß diese „Wandelhallenbombe" von einer Seite gelegt worden ist, die Herrn Stegerwald nicht ganz fernsteht. Wir glauben allerdings nicht, daß sich Stegerwald ernsthaft mit dem Gedanken einer eigenen Parteigründung trägt — vestigia terroni —, aber vielleicht ist es ihm durchaus nicht unangenehm, sich derartiger Gerüchte als eines wirksamen Druck- und Drohmittels bei den kommenden Auseinandersetzungen um die Macht im Zentrum bedienen zu können. Gegen die Annahme, daß die vorerwähnten, nicht dem Zentrum angehörenden Parlamentarier „geneigt sein" könnten, sich mit Herrn Stegerwald zu einer Partei zusammenzutun, spricht schon die Erwägung, daß in dieser neuen Partei Herr Stegerwald und seine mit ihm vom Zentrum kommenden Anhänger zweifellos die tonangebende Rolle, die von anderen Parteien ausscheidenden Parlamentarier jedoch gewissermaßen die Rolle des fünften Rades am Wagen spielen würden.

Grundsätzlich muß schließlich noch zu bemerken, daß jede neue Parteigründung aus staatspolitischen und vaterländischen Gründen aufs schärfste abgelehnt werden müsse. Wir haben wahrhaftig Parteien genug in Deutschland!

## Operativer Eingriff an dem König von England

**London, 12. Dezember.**

**Nach dem nachmittags veröffentlichten offiziellen Bulletin hat die heute morgen festgestellte leichte Besserung im Befinden des Königs weiter angehalten. Heute morgen ist etwas eitrige Flüssigkeit, die sich um die Basis der rechten Lunge abgesondert hatte, durch Punktierung entfernt worden. Eine Wiederholung des Eingriffs wird voraussichtlich nötig sein.**

Die in dem ärztlichen Bulletin von heute nachmittag gemeldete Punktierung zur Entfernung des Eiters ist völlig überraschend und selbst für die Umgebung des Königs im Palast unerwartet vorgenommen worden. Während dieses Eingriffs, der etwa eine Stunde dauerte, befanden sich fünf Aerzte in dem Krankenzimmer. Die Aeußerungen über die Punktierung und sehr zurückhaltend, doch wird die leichte Besserung im Allgemeinbefinden des Kranken als ein gutes Zeichen angesehen. Um 3 Uhr nachmittags traf Sir Hugh Rigby, der Leib-Chirurg des Königs, im Palast ein.

Der Prinz von Wales und der Herzog von York trafen um 7 Uhr im Buckinghampalast ein und verblieben dort während der Durchführung der Operation.

### Sitzung des reparationspolitischen Ausschusses

**Der reparationspolitische Ausschuß trat am Mittwoch morgen im Reichsfinanzministerium zu einer Sitzung zusammen, in der der Reichsfinanzminister einen Ueberblick über die gegenwärtige reparationspolitische Lage gab.**

## Gespräche am Lago di Lugano

### Zweite Unterredung Stresemann-Briand.

**Lugano, 12. Dezember.**

**Reichsminister Dr. Stresemann und der französische Minister des Aeußern Briand sind heute abend kurz nach ½6 Uhr zu einer zweiten Besprechung zusammengekommen. Die Zusammenkunft sollte zunächst am Sitz der französischen Delegation im Hotel Splendide stattfinden. Da aber zu der vereinbarten Zeit Briand sich bereits im Grand Hotel Palace eingefunden hatte, wird die Besprechung am Sitz der deutschen Delegation abgehalten.**

Die Besprechung zwischen Dr. Stresemann und Briand dauerte 1¾ Stunden. An ihr nahmen lediglich der Dolmetscher der deutschen Abordnung, Dr. Schmidt, und Professor Desnard von der französischen Botschaft in Berlin teil. Anschließend an die Unterredung begab sich Briand zu Chamberlain, mit dem er nur eine Unterredung von etwa 1¼ Stunden Dauer führte. Die ursprünglich vorgesehene und auch vereinbarte Besprechung der drei Minister hat infolge Zeitmangels nicht stattgefunden, da die Besprechung zwischen Stresemann und Briand sich zu lange hinzog und Briand durch andere Verpflichtungen verhindert war, die Besprechung noch weiter auszudehnen.

Ueber den Verlauf der Unterredung werden naturgemäß keine Mitteilungen gemacht. Es wurde nur erklärt, daß die Besprechungen fortgesetzt würden. Die Unterredung hat ausschließlich den gegenwärtigen deutsch-französischen Beziehungen und der Fortführung der Locarno-Politik gegolten. Die Abrüstungsfrage sowie das englisch-französische Flottenabkommen sind in der Unterredung nicht berührt worden. Man nimmt daher an, daß im Mittelpunkt der Aussprache die Bildung des Sachverständigenausschusses für die Regelung der Reparationsfrage und die Auslegung des Artikels 431 des Versailler Vertrages gestanden hat, auf den sich der deutsche Räumungsanspruch gründet.

**Abschließende Ergebnisse sind jedenfalls nicht erzielt worden.**

Eine Fünf-Mächte-Besprechung ist vorläufig nicht vorgesehen.

Der allgemeine Eindruck, der sich aus den zunächst nur außergewöhnlich zurückhaltenden Mitteilungen ergibt, zeigt, daß jetzt tatsächlich sachliche Besprechungen in der Reparations- und Räumungsfrage aufgenommen worden sind. Die Mitteilung, daß in den Besprechungen ausschließlich die deutsch-französischen Beziehungen und keine anderen Fragen behandelt worden sind, zeigt, daß man bestrebt ist, nach den ersten, sehr allgemein gehaltenen und vagen Unterhaltungen jetzt die weiteren Besprechungen auf die für das deutsche und französische Interesse im Vordergrund stehende Reparationsfrage zu konzentrieren.

### Französische Unnachgibigkeit.

TU **Paris**, 12. Dezember.

Die Mitteilungen des „Temps" über die Einigung der Alliierten in der Reparationsfrage werden heute von der gesamten französischen Presse wiedergegeben. In diesem Zusammenhang vertritt die französische Presse vielfach die Anschauung, als ob nunmehr alle Streitfragen zwischen Deutschland und Frankreich so gut wie beigelegt seien. Demgegenüber kann, wie der Pariser Vertreter der Tel.-Union erfährt, mitgeteilt werden, daß in der gestrigen Aussprache zwischen dem deutschen Botschafter v. Hoesch und dem Ministerpräsidenten Poincaré eine Beendigung der deutsch-französischen Aussprache noch nicht erblickt werden kann. Die deutsch-französischen Besprechungen in der Angelegenheit werden vielmehr fortgesetzt werden, und zwar, weil die französische Regierung den Wunsch nach einer Einigung zwischen Deutschland und Frankreich noch vor der Absendung der französischen Antwort auf die deutsche Note vom 30. Oktober ausgesprochen hat. Noch fehlt im Augenblick noch eine Lösung in den beiden wichtigsten Streitfragen —, der Umgrenzung des Mandats der Sachverständigen und der ihrer Ernennung durch die Großmächte oder durch die Reparationskommission. Die entgegenstehenden Meldungen der französischen Presse treffen somit nicht zu. Jedoch darf man der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Besprechungen zwischen Dr. Stresemann und Briand in Lugano auch auf die in Paris gepflogenen Verhandlungen günstig einwirken werden, obgleich sie sich an sich nicht mit den Einzelheiten des Reparationsproblems, sondern mit dem gesamten deutsch-französischen Fragenkomplex befassen.

### Lloyd George der Unentwegte.

EP **London**, 12. Dezember.

Auf einem Frühstück amerikanischer Journalisten im Savoy-Hotel in London wehrte sich Lloyd George heftig gegen die Vorwürfe, die Lord Cushendun auf einer konservativen Parteiversammlung in Exmouth gegen ihn erhoben hatte. Nach einer Reihe von persönlichen Angriffen, die sich aus der zunehmenden Hitze des Wahlkampfes erklären lassen, äußerte Lloyd George, daß auch er für gute Beziehungen zu Frankreich eintrete, daß er aber hiermit nicht eine Unterordnung der englischen Ansichten unter die Politik Frankreichs oder die Unterstützung Frankreichs bis zu einem solchen Grade gemeint habe, daß dadurch England in Gegensatz zu Amerika käme. Die britischen Staatsmänner sollten mehr als bisher den Standpunkt Englands und des britischen Weltreiches vertreten. Zur Herstellung des Friedens in der Welt sei notwendig erstens die Ueberweisung aller Streitigkeiten zwischen den Nationen an die Schiedsgerichtsbarkeit, falls möglich, zweitens allgemeine Abrüstung, drittens Herstellung der notwendigen Vorbedingungen zur Freundschaft und gegenseitigen Verständigungspflicht zwischen den Nationen der Welt.

## Frage- und Antwortspiel im Unterhaus.

### Reparationen — Rheinlandräumung und Amerika.

**London**, 12. Dezember.

Im Unterhause fragte Oberst Wedgwood den Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, ob er von der Deutschen Regierung eine Mitteilung über die Frage des Zusammenhangs zwischen Reparationen und Räumung oder über die Frage des Verhältnisses zwischen Artikel 431 und der Erklärung von 1919 erhalten hat und ob er Erkundigungen über die Auffassung der amerikanischen Regierung über diese Punkte einziehen wolle. — Loder Lampson verneinte den ersten Teil der Frage und erklärte zum zweiten, er glaube nicht, daß die angezeigten Erkundigungen einem nützlichen Zweck dienen würden. — Wedgwood fuhr in seinen Fragen fort: Ist Ihnen bekannt, daß der Premierminister für eine engere geistige Gemeinschaft mit Amerika eintrat und ist es für unsere eigene Politik in der Reparations- und der Räumungsfrage nicht von grundlegender Bedeutung, daß wir die Auffassung Amerikas kennen und mit ihm zusammenarbeiten? — Loder Lampson erwiderte, Wedgwood dürfe nicht vergessen, daß sich diese Frage auf den Versailler Vertrag beziehe. Die Vereinigten Staaten, so führt er aus, haben den Versailler Vertrag nicht ratifiziert, sondern ihren eigenen Vertrag mit Deutschland abgeschlossen. Wir haben keinen Grund zu der Annahme, daß sie in dieser Angelegenheit befragt zu werden wünschen. — Wedgwood fragte weiter: Ist die Tatsache, daß Amerika sich am Versailler Vertrag nicht beteiligt hat, ein Grund, daß wir uns in unserer eigenen Politik Unannehmlichkeiten bereiten, indem wir es unterlassen, uns seine Mitarbeit zu sichern, zumal Amerika in der Reparationskommission vertreten ist? — Loder Lampson erklärte: Zwischen den verschiedenen Mächten sind zu Zeit in Lugano Besprechungen im Gange. Ich hoffe sehr, daß wir zu einer freundschaftlichen Regelung kommen werden. So viel ich weiß, hat Amerika nicht den geringsten Wunsch, in der Räumungsfrage zu Rate gezogen zu werden.

**Hierauf fragte Garro Jones: Besteht Hoffnung, daß die britische Regierung in dieser Angelegenheit zu einer eigenen Meinung gelangt, anstatt fortwährend die Auffassungen Frankreichs und anderer Mächte zu übernehmen?**

Loder Lampson erwiderte: Gewiß, der Außenminister ist in Lugano, um seine eigene Meinung (?) zum Ausdruck zu bringen.

Nunmehr fragte Rennie Smith den Unterstaatssekretär, ob er es angesichts des Streites der Auffassungen über die juristische Auslegung von Artikel 431 des Friedensvertrages über die Zurückziehung der Truppen aus dem Rheinland für angängig halte, diese Angelegenheit dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung überweisen zu lassen. Loder Lampson verneinte das und begann sich auf seine vorgestrigen Antworten an der gleichen Stelle. — Wedgwood: Haben wir aus dieser Antwort zu entnehmen, daß die Regierung dem juristischen Gesichtspunkt keine so große Bedeutung beimißt und daß der praktische Gesichtspunkt wichtiger ist als eine Entscheidung der Rechtsfrage? — Loder Lampson: Chamberlain hat neulich festgestellt, was nach Auffassung der Regierung der juristische Gesichtspunkt ist und ist dann dazu übergegangen zu erklären, daß die politische Seite der Frage ein weiterer Gesichtspunkt sei, und über diesen Gesichtspunkt wird jetzt in Lugano beraten.

## Berlin — Moskau — Washington.

In der „Berliner Börsen-Zeitung" ist in letzter Zeit mehrfach auf den zunehmenden Ausbau der russisch-amerikanischen Handelsbeziehungen und im Zusammenhang damit auch auf die unserer Auffassung nach einzig richtige Stellungnahme Deutschlands in dieser Frage hingewiesen worden. Wir vertraten die Ansicht, daß Deutschland, das sowohl mit Amerika als auch mit Rußland durch zahlreiche Fäden verknüpft ist, sich nicht in eine Kampfstellung gegenüber der „amerikanischen Konkurrenz" auf dem russischen Markt bringen lassen darf. Die zwingenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart lassen eine deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, ja, ein wirtschaftliches Zusammengehen zwischen Deutschland, Rußland und Amerika als erstrebenswert erscheinen. Die Rohstoffmärkte der Welt sind — man darf das „imperialistisch" klingende Wort in diesem Zusammenhange nicht mißverstehen —, aufgeteilt. Allein der russische Markt steht heute noch außerhalb des weltwirtschaftlichen Verkehrs. Das Band zwischen Rußland und der Weltwirtschaft zu stärken ist eine sowohl im deutschen als auch im amerikanischen Interesse gleich wichtige Aufgabe.

Aber nicht allein vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus, sondern auch aus politischen Gründen wäre ein deutsch-amerikanischer Gegensatz im Rußlandgeschäft widersinnig. Alle politische Vernunft. Man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die wirtschaftliche Annäherung Amerikas an Rußland nicht zuletzt durch Faktoren politischer Natur zu erklären ist. Politische Gegensätze zwischen Rußland und Amerika haben trotz grundlegender Verschiedenheit der Regierungsform auch in der Vorkriegszeit niemals bestanden. Die wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten waren in Rußland im Jahre 1917 nicht groß genug, um die folgenschweren politischen Rückwirkungen eintreten zu lassen, die durch die Nationalisierung ausländischen Besitzes und die Annullierung der Auslandsanleihen nach der Revolution in Frankreich und England hervorgerufen wurden. Wenn auch die instinktive und daher schwer überwindbare Abneigung des individualistischen Amerika gegen das kollektivistische und kommunistische Rußland, des Landes der „prosperity" gegen das „traurige Land" im Osten, keineswegs unterschätzt werden darf, so sehen wir doch in mehrfacher Beziehung heute eine Gemeinsamkeit politischer Interessen zwischen Amerika und Rußland.

Besonders bedeutsam und für die weltpolitische Konstellation im Fernen Osten vielleicht sogar entscheidend ist der Gleichklang russischer und amerikanischer Interessen in der Chinafrage. Hinter der Kulisse weltrevolutionärer Propaganda darf man in der Moskauer Chinapolitik, besonders nach dem Scheitern der „Kolchetisierung" der Kuomintang durch Borodin und andere sowjetrussische „Ratgeber", nicht das alte Bestreben der russischen Fernöstlichen Politik übersehen, keine Hegemonie einer Landsmacht im Reiche der Mitte zuzulassen. Diese nach Hegemonie in China strebende Macht ist heute England, zu dem im Fernen Osten nicht nur Rußland, sondern auch, und zwar gerade in letzter Zeit, Amerika in scharfem Gegensatz steht. Es wird an der Geschicklichkeit der Sowjetdiplomaten hyn. an dem nicht nur im Fernen Osten schädlichen Uebereifer der Herren von der Komintern liegen, diese vorläufig noch negative Gemeinsamkeit russischer und amerikanischer Interessen in China zu einem positiven Faktor der russisch-amerikanischen Beziehungen zu gestalten oder einem propagandistischen Wunschtraum zu opfern.

Beide Länder, Rußland und vielleicht in noch stärkerem Maße Amerika, stehen überdies im Fernen Osten im Gegensatz zu Japan, das nach dem zeitweiligen Ausscheiden Rußlands aus der aktiven Fernöstlichen Politik seine Machtpositionen erheblich verstärkt hat. Das Gespenst eines amerikanisch-japanischen Krieges, die Sorge um Hawai in Washington, der Kampf um die Ostchinesische Eisenbahn und um den Einfluß in der Mandschurei in Moskau lassen die Gemeinsamkeit der russisch-amerikanischen Interessen erneut mit größter Klarheit hervortreten. Auch Deutschland, das mit größter Mühe